

Votum des Vorsitzenden des Schweizerischen Rats der Religionen, Pfarrer Thomas Wipf,

anlässlich

**der Medienkonferenz der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements,
Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf,**

zur

**Eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 2009 über die Volksinitiative „Gegen
den Bau von Minaretten“**

am

Mittwoch, 15. Oktober 2009, Medienzentrum des Bundeshauses, Bern

Anrede

Der Schweizerische Rat der Religionen setzt sich aus leitenden Personen der drei Landeskirchen, der orthodoxen Kirchen sowie der jüdischen und islamischen Religionsgemeinschaften zusammen. Er wurde am 15. Mai 2006 gegründet mit dem Mandat, den religiösen den Frieden in der Schweiz zu erhalten, das Vertrauen zwischen den Religionen zu stärken, aktuelle religionspolitische Fragen gemeinsam zu besprechen und als Kontaktmöglichkeit mit den Bundesbehörden zu dienen.

Der Schweizerische Rat der Religionen lehnt die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ einstimmig und entschieden ab. Er hat die Argumente, die ihn zu dieser Haltung führen, in einer Stellungnahme erarbeitet und am 2. September 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Sinne einer Zusammenfassung werde ich die wichtigsten Gesichtspunkte nochmals kurz erläutern.

Kulturelle und religiöse Vielfalt gehört zur Identität der Schweiz. Die Regeln des friedlichen Zusammenlebens sind in einer langen Geschichte ausgehandelt worden. Sie sind so selbstverständlich, dass sie vielen Menschen gar nicht mehr bewusst sind: Im Zentrum des demokratischen Selbstverständnisses stehen die von der Verfassung garantierten Freiheitsrechte. Sie bilden das unabdingbare Fundament für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben. Die Integration der islamischen Glaubensgemeinschaft in die schweizerische Gesellschaft ist eine neue Herausforderung. Aber aus ihrer Geschichte kennt die Schweiz solche Herausforderungen, und sie ist immer gestärkt aus solchen Erfahrungen hervorgegangen. Deshalb: die kulturelle Vielfalt macht die Schweiz stark.

Religion gehört zum Menschsein und zur menschlichen Kultur. Die Religionsfreiheit ist deshalb das zentralste und grundlegendste aller Freiheitsrechte. Jeder Mensch soll in Freiheit seine Religion leben können, individuell und gemeinschaftlich. Dazu gehört auch, dass jede Religionsgemeinschaft ihre Gotteshäuser so bauen kann, wie dies ihrem Selbstverständnis entspricht. Wenn zu einem würdigen islamischen Gotteshaus auch ein Minarett gehört, dann soll dieses im Rahmen der geltenden Bau- und Umweltschutzgesetzgebung und im Dialog mit der Bevölkerung auch gebaut werden dürfen.

Das Minarettverbot instrumentalisiert Religion für politische Zwecke. Es schafft Misstrauen und Argwohn zwischen Bevölkerungsgruppen in unserem Land. Es schadet dem gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Das Minarettverbot trifft nicht eine Religion, es trifft die Menschen, für die diese Religion für ihr persönliches und gemeinschaftliches Leben richtig und wichtig ist. Menschen sind Geschöpfe Gottes: das ist das Gemeinsame, das das Christentum, das Judentum und der Islam miteinander teilen. Respekt und Toleranz vor den tiefen Überzeugungen anderer gehören zur Würde und zur Aufgabe des Menschseins. Dazu gehört auch, dass Menschen nicht auf ihre Religion reduziert werden. Der Mensch ist immer mehr als seine Religion.

Das Recht auf den Bau von Moscheen und Minaretten in der Schweiz darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob in islamischen Ländern Christen und Juden die gleichen Rechte haben. Das wäre ein Verrat an unseren eigenen Werten und Grundsätzen. Unrecht ist als Unrecht zu benennen; es darf aber nicht mit neuem Unrecht vergolten werden. Die Schweiz hat eine lange liberale Tradition, in der das Gespräch gesucht wird und man sich um gemeinsames Lernen bemüht. Unsere Herausforderung besteht darin, Vielfalt so zu gestalten, dass friedliches und respektvolles Zusammenleben gelingt.

Die Unterschriften für die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ zeigen, dass in der Bevölkerung Fragen und Unsicherheiten vorhanden sind. Diese gilt es ernst zu nehmen. Welche Botschaft wird in den Moscheen gepredigt? Welche Bedeutung haben aus islamischer Sicht die Demokratie, der Rechtsstaat, die Gleichstellung von Mann und Frau? Solche Fragen dürfen gestellt werden und müssen offen diskutiert werden.

Die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ ist jedoch kontraproduktiv. Sie verhindert den Dialog, statt ihn zu fördern. Der Schweizerische Rat der Religionen ruft dazu auf, die Integration der islamischen Gemeinschaften mit konkreten Massnahmen zu fördern. Die Schaffung von Möglichkeiten der Begegnung und des Dialogs auf allen Ebenen sind wichtige Elemente. Für den Schweizerischen Rat der Religionen ist es wichtig, die einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Es geht um andere Kulturen, um andere Religionen – aber es geht immer zuerst um Menschen. Um Menschen aus anderen Kulturen, um Menschen mit anderen Religionen.

„... im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben,gewiss, dass frei nur ist, wer die Freiheit gebraucht und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen“: so lesen wir in unserer Bundesverfassung. Der Schweizerische Rat der Religionen ist der Auffassung, dass die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ dem Geist der Schweiz widerspricht. Sie muss abgelehnt werden.

Bern, 15. Oktober 2009 /TW